

ist bekannt, daß vorläufige grundsätzliche Regelungen in Arbeit sind, aber diese sind natürlich noch nicht beschlossen.

Mit dem Regierungsantrag müßte also logischerweise eine Verfassungsänderung verbunden sein. Diese Konsequenz aber vermissen wir.

Abschließend: Uns geht es mit unserem Antrag keineswegs um die Konsolidierung oder Konservierung bestehender Strukturen auf Bezirksebene - ich glaube, ich konnte das verdeutlichen -, sondern wir wollen eine grundlegend neue Aufgabenstellung für die Bezirkstage und ihre Organe, eine demokratische Legitimation, auch wenn der Zeitraum bis zu den Landtagswahlen manchem scheinbar kurz erscheinen mag. Jegliche zentralistische Einflußnahme der Bezirke auf die Kommunen und auf die Landkreise muß der Vergangenheit angehören. Da stimmen wir zu. Dafür aber ist demokratische Mitwirkung bei der Länderbildung und Orientierung sowie Hilfe für die Kommunen und Landkreise beim Übergang zur kommunalen Selbstverwaltung dringend angezeigt. Wie das konkret zu geschehen hat, darüber sollte unserer Meinung nach der Ausschuß für Verfassungs- und Verwaltungsreform beraten werden. Danke.

(Beifall bei der PDS)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:**

Danke schön.

Verehrte Abgeordnete! Sie haben beide Begründungen gehört, und ich erteile jetzt den Vertretern der Fraktionen - die Redezeit beträgt hier fünf Minuten - das Wort, und zwar in der Reihenfolge nach der Fraktionsstärke. Es beginnt also wieder die CDU/DA-Fraktion. Das Wort hat der Abgeordnete Roland Becker.

#### **Becker (CDU/DA):**

Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Die Wahlen am 6. Mai haben einen weiteren Punkt im Sieg der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit gesetzt, und sie machen den Weg zur kommunalen Selbstverwaltung in den Gemeinden, Städten und Kreisen frei, über die heute schon so viel gesprochen wurde. Die Entwicklung sollte nach unserer Ansicht mit möglichst wenig Eingriffen „von oben“ vollzogen werden. Die zu beratende Kommunalverfassung ist der Grundstein dafür. Darüber wurde genügend gesagt. Aber nach unserer Ansicht ist aus den Zwischenebenen nur eine behutsame Hilfe vonnöten.

Die Meinung, nicht mehr legitimierte Bezirkstage zu haben, ist auch schon in der Begründung genannt worden. Dem kann ich also nur zustimmen. Die Bürger haben sich nicht mehr an die Bezirkstage gewandt, und damit ist ihre Bedeutung immer mehr gesunken.

Aus dem Bezirk Leipzig kann ich auch die Erfahrung mitbringen, daß sich eine Vorschlagskommission aus vielen Personen, darunter auch einige Bezirkstagsabgeordnete, gebildet hat, an die sich die Bürger vertrauensvoll um Rat und Hilfe gewendet und wo sie ihre Mitarbeit spontan angeboten haben.

Wir sehen bei der Beendigung der Tätigkeit der Bezirkstage die Beseitigung der letzten Rudimente des demokratischen Zentralismus, der unsere Städte und Gemeinden an den Rand des Ruins gebracht hat.

(Beifall bei CDU/DA)

Nicht sinnvoll bis zur Länderbildung erscheint uns eine neue, wie auch immer strukturierte Legislative in den Bezirken. In der Bundesrepublik - als Vergleich - sind in den meisten Ländern in den Regierungspräsidien ebenfalls keine Legislativen tätig, und diesem Modell folgen wir in Analogie zur Drucksache 14. Dort, wo - wie gesagt, in den meisten Bundesländern - die Regierungsbezirke arbeiten, verstehen sie sich als mittlere Rechtsaufsichts- und Bündelungsbehörde mit eingeschränkten Kompetenzen.

Der Abgeordnete Friedrich hat so schön das Beispiel Rechts- und Linksverkehr gebracht. Ich würde sagen, bei den Bezirken liegt der Strich in der Mitte, der sich in dieser Wende nicht be-

wegt. Und damit wird die Einschränkung der Kompetenz noch einmal deutlich.

Das Modell zur Einsetzung der Regierungsbevollmächtigten wird ausdrücklich von uns getragen. Wir sehen in dem Vorschlag der Regierung auch keine grundsätzlichen Bedenken hinsichtlich der Beendigung der Legislaturperiode der Bezirkstage und des Modells, daß die Volkskammerabgeordneten im Bedarfsfälle tätig werden.

(Vereinzelt Beifall bei CDU/DA und DSU)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:**

Ich danke dem Vertreter der CDU. Es spricht als nächster der Abgeordnete Hans-Joachim Hacker von der Fraktion der SPD.

#### **Hacker (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit den beiden Anträgen - Drucksache Nr. 14 und Drucksache Nr. 16 - liegen zwei zwar vom Sachgegenstand scheinbar gleichartige Anträge vor, die sich jedoch in den politischen, praktischen Wirkungen erheblich unterscheiden.

Der Antrag des Ministerrates geht konsequent den Weg der Auflösung der Bezirkstage, die im künftigen Deutschland keine Existenzgrundlage haben werden. Gleichzeitig wird im Antrag ein Verfahren für die Übergangsverwaltung der noch existierenden Bezirke gefunden, das die Einsetzung eines Regierungsbevollmächtigten durch den Ministerpräsidenten vorsieht.

An dieser Stelle muß jedoch der Antrag inhaltlich konkreter gefaßt werden. Auch für das Parlament muß erkennbar sein, welchen Kompetenzbereich der Regierungsbevollmächtigte ausfüllen soll. Wir meinen, insbesondere hinsichtlich der Personalhoheit, insbesondere gegenüber bisherigen Wahlfunktionären, muß hier noch konkreter formuliert werden.

Aus der Begründung des Antrages durch Herrn Minister Preiß entnehme ich jedoch, daß hier im Ministerrat in dieser Hinsicht bereits Überlegungen bestehen.

Ebenso sollte in die Überlegungen oder sollten Überlegungen angestellt werden, wie in das vorgesehene Gremium in Ziffer 5 bezirkliche Sachkompetenz über die Abgeordneten der Volkskammer hinaus Eingang finden kann. Ich denke insbesondere aus der Arbeit der Runden Tische, auch wenn diese nicht institutionalisiert werden soll, gibt es aus den vergangenen Monaten Hinweise auf weitere bezirkliche Kompetenz.

Trotz dieser einschränkenden Hinweise denken wir aber doch oder erklären wir eindeutig, daß der Antrag des Ministerrates grundsätzlich mitgetragen wird.

Zweitens: Zum Entwurf der PDS über die Neubildung demokratisch legitimierter Bezirkstage. Hier würde es richtiger heißen müssen: über die Bildung demokratisch legitimierter Bezirkstage, denn die bisherigen Bezirkstage waren ja nicht demokratisch legitimiert.

(Beifall bei SPD und CDU/DA)

Zum Inhalt selbst: Mit dem Entwurf soll eine sich im Absterben befindliche Institution, nämlich der Bezirkstag und seine entsprechenden Verwaltungsorgane, künstlich am Leben erhalten werden.

(Beifall bei SPD und CDU/DA)

Dieses wäre lediglich ein scheidemokratischer Akt, der einem Sterbenden einen neuen Herzschrittmacher einsetzt.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und CDU/DA)

Hier gibt es keinen in die Strukturen der Vergangenheit gerichteten Handlungsbedarf. Ich meine auch, es geht jetzt darum, den Ausstieg aus einem links orientierten Kreisverkehr zu vollziehen und in einen geradlinigen Verkehr mit grüner Welle umzufunktionieren.

(Beifall bei SPD und CDU/DA)